



WAS ESSEN WIR?

Vorerst in Großküchen und Kantinen muss verpflichtend informiert werden, woher das Essen kommt. **Seite 3**



LAND UNTER BETON

Oberösterreich ist der Spitzenreiter beim Versiegeln der Landschaft. Wer profitiert vom Verbauen? **Seite 4 und 5**



BRAUNE NETZWERKE

Oberösterreich ist Spitzenreiter bei rechtsextremen Straftaten. Und Schwarz-Blau tut nichts dagegen. **Seite 6**

OÖ.PLANET

AUSGABE NR. 119
OKT. 2023 25. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

OÖ.PLANET NR. 06/2023 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | GZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



AUS FÜRS AMTSGEHEIMNIS

Das Grundrecht auf Information kommt! Das Recht auf Information wird zur Regel und das verstaubte Amtsgeheimnis gehört bald der Vergangenheit an.

Die Grünen haben lange dafür gekämpft: Vom Bund bis zur kleins-

ten Gemeinde wird es bald ein Recht auf Akteneinschau geben. Jede und jeder hat das Recht zu wissen, wie Entscheidungen entstehen. Die Infofreiheit beendet nun die Geheimniskrämerei, hinter der sich Korruption verstecken kann. Seite 2



Foto: Cyanc66 / iStock

EIN MONUMENTALER KULTURWANDEL

Die Abschaffung des Amtsgeheimnisses ist ein monumentaler Kulturwandel in der Republik. Jede und jeder hat ein Grundrecht auf Information – davon sind wir überzeugt und das wird endlich Realität. Die Ausrede ‚Amtsgeheimnis‘ gibt es dann nicht mehr. Die Abschaffung des Amtsgeheimnisses und das Recht auf Information umfassen auf Bundesebene, in den Ländern und Gemeinden alle Ämter und Behörden sowie auch alle Unternehmen, die der Rechnungshofprüfung unterliegen. Mit diesem zentralen Projekt beweisen wir einmal mehr Vision, Gestaltungswillen und Umsetzungskraft.

■ WERNER KOGLER, VIZEKANZLER



Foto: BKK/Andy Wenzel

SETZ MA UNS Z'SAMM IN WELS

Sigi Maurer, Ralph Schallmeiner und Agnes Prammer laden dich herzlich ein.

WANN: 29.11.2023, 18:00 Uhr

WO: Medien Kultur Haus Pollheimerstraße 17, 4600 Wels

ANMELDUNG: gruene.at/zusammensetzen

MELDE DICH GLEICH AN



Bezahlte Anzeige

ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

DIE REGIERUNG
LEBT DOCH!

Immer dann, wenn MedienvertreterInnen und die Opposition das baldige Ende der Koalition voraussehen, kommt der nächste große gesetzliche Wurf. Das war vor etwa zwei Wochen beim Informationsfreiheitsgesetz auch nicht anders. Keine Rede mehr von den Mühen der Zusammenarbeit, von irritierenden Videos und falschversendeten Antragsentwürfen. Mit dem Ende des Amtsgeheimnisses ist der Regierung das größte Reformvorhaben der letzten Monate gelungen. Werner Kogler hat recht, wenn er von einem monumentalen Kulturwandel spricht, der den Amtsstuben bevorstehen wird.

„Ein monumentaler Kulturwandel, der den Amtsstuben bevorstehen wird.“

Die Legislaturperiode dauert noch ein knappes Jahr. Wir sind schon gespannt, was uns noch an Überraschungen bevorstehen wird, damit die ÖVP wieder über ihren eigenen Schatten springt. In der Pipeline warten noch das Klimaschutzgesetz, wichtige Personalbestellungen und weitere notwendige – vor allem – umweltpolitische Reformen. Wenn diese dann auch noch beschlossen werden, hat es sich auf jeden Fall ausgezahlt, nicht vorzeitig zu den Wahlurnen zu rufen...

... meint Marco Vanek
oö.planet Chefredakteur

DAS ENDE DER AMTLICHEN
GEHEIMNISTUEREREI

Nach hundert Jahren wird das Amtsgeheimnis in Österreich abgeschafft. Was das neue Infofreiheitsgesetz für uns BürgerInnen bringen wird und worauf sich die Ämter zukünftig einstellen müssen.

■ MARCO VANEK

Wer etwa Infos über ein Verfahren oder über eine Ausschreibung vom Gemeindeamt einholen wollte, bekam oft die Antwort: „Sorry, keine Auskunft, Amtsgeheimnis“. Das soll ab 2025 der Vergangenheit angehören. Wird das neue Informationsfreiheitsgesetz noch in diesem Winter mit Zweidrittelmehrheit im Parlament beschlossen, dann beginnt bald darauf in den Amtsstuben das Zeitalter der Transparenz. „Wir machen das Recht auf Information zu einem Verfassungsrecht, das nicht durch andere Bundes- oder Landesgesetze ein-



Agnes Sirkka Prammer: „Auskunft müssen alle Gemeinden geben.“

geschränkt werden kann“, sagt Agnes Sirkka Prammer, Grüne Verfassungssprecherin im Parlament und eine der hauptverantwortlichen VerhandlerInnen dieses Gesetzesvorhabens. Schon seit Jahren haben die Grünen das Aus des Amtsgeheimnisses gefordert, nach jahrelangem Verhandeln ist es nun gelungen, den Koalitionspartner von der Abschaffung zu überzeugen.

Auskunftspflicht auch in
Kleingemeinden

Heftige Diskussionen gab es zuletzt über die Auskunftspflicht in kleineren Gemeinden. „Auskunft müssen alle Gemeinden geben“, sagt Prammer. „Und das Recht wird in allen Gemeinden einklagbar sein. Um aber kleinere Gemeinden vor zu großem Verwaltungsaufwand zu bewahren, sind Kommunen unter 5000 EinwohnerInnen nicht verpflichtet, von sich aus zu veröffentlichen. Unter Verschluss wird trotzdem nichts bleiben. Jede Anfrage muss rasch beantwortet werden, egal ob in Rutzenmoos oder in Wien. Trotzdem ist es auch der kleinsten Gemeinde erlaubt, von sich aus zu veröffentlichen.“

Welche Informationen müssen
bereitgestellt werden?

Durch das Informationsfreiheitsgesetz sind Ministerien, Länder, Behörden und Gemeinden verpflichtet ihre Informationen freizugeben. Dadurch bekommen die Bürgerinnen und Bürger



Foto: sorbetto / iStock

Zugang zu wichtigen Daten, Fakten und Dokumenten. Dazu zählen auch Informationen zur Bundesgesetzgebung wie Beschlüsse des Parlaments, sowie Gutachten der Volksanwaltschaft und des Rechnungshofs.

Zentrales Informationsregister

Zurzeit liegen die amtlichen Informationen auf zahlreichen Webseiten verstreut im ganzen Netz. In Zukunft wird es eine gemeinsame Seite geben mit allen relevanten Informationen, das zentrale Informationsregister unter www.data.gv.at. Dort veröffentlichen alle Stellen von sich aus sämtliche relevanten Informationen aus ihrem Bereich und versehen sie mit Schlagworten. „So kann jede und jeder gezielt nach einem Thema suchen, das sie oder ihn interessiert und bekommt dazu alle Informatio-

nen angezeigt. Das können zum Beispiel Studien zum Ausbau von Radwegen sein, egal ob vom Bund, von den Ländern oder Gemeinden beauftragt.“

Amtsstuben werden geöffnet

Die Verhandlungen zu diesem Gesetzesvorhaben waren langwierig und teils sehr zäh. Für Agnes Sirkka Prammer war die Triebfeder dabei mehr Transparenz für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. „Mit diesem Gesetz werden wir die Akten-schranke und Amtsstuben öffnen und die Behörden verpflichten, sämtliche Fragen zu beantworten. Damit lösen wir auch das Versprechen ein, für saubere Politik zu sorgen. Denn auf offener Bühne lässt es sich sehr schwer mauscheln.“

→ www.data.gv.at

DER ZUKÜNFTIGE GLÄSERNE STAAT

Das steht im von den Regierungsparteien verhandelten neuen Informationsfreiheitsgesetz

■ MARCO VANEK

Auskunftsverpflichtet ohne
Ausnahmen

Alle öffentlichen Stellen müssen informieren – von Ministerien, Behörden und Gerichten über die Bundesländer bis hin zur kleinsten Gemeinde. Das gilt auch für Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mehrheitlich beteiligt ist. Ministerien, Länder, Behörden und andere öffentliche Stellen müssen sogar alle Informationen von allgemeinem Interesse von sich aus (proaktiv) auf einer Website veröffentlichen. Auch alle Ge-

meinden können und sollen ihre relevanten Informationen proaktiv veröffentlichen. Das bedeutet: 62,2 % der ÖsterreicherInnen werden von ihren Gemeinden von sich aus informiert. Gemeinden ab 5.000 EinwohnerInnen müssen das.

Grundrecht auf Information

Alle BürgerInnen erhalten das Recht auf Informationen, die sie interessieren: Beschaffungen,



Foto: juststock / iStock

Statistiken, Verträge, Studien, Gutachten, Umfragen oder jede andere Art von Information, die von allgemeinem Interesse sein kann. So können die GemeindebürgerInnen jederzeit sehen, was sich in ihrer Kommune tut, egal ob Bauvorhaben, Umwidmungen, Gutachten zur Trinkwasserqualität, geplante Anschaffungen in Gemeindekindergärten, Protokolle von Gemeinderatssitzungen...

Beispiel einer möglichen
Anfrage:

Die Eltern einer schulpflichtigen Tochter wollen wissen, welche Firma die Schule ihrer Tochter mit Essen beliefert. Künftig können sie auf der Website des zentralen Informationsregisters nach dem Namen der Schule suchen und

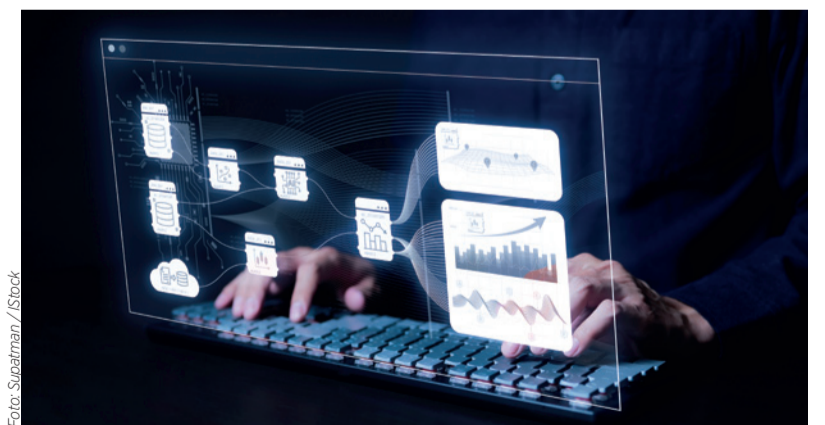


Foto: Svatman / iStock

müssen nicht mehr überlegen, ob das Bundesland oder der Bund für diese Schule zuständig ist. Die zuständige Behörde in dem Bundesland hat den abgeschlossenen Vertrag von sich aus online veröffentlicht. Alle die möchten, sehen alle wichtigen Informationen zu den vereinbarten Leistungen (z.B. ob mit Bio-Lebensmitteln

gekocht werden muss), wie viel der Lieferbetrieb dafür bekommt oder wie lange der Vertrag noch läuft. Persönliche Daten wie die Namen von MitarbeiterInnen sind hingegen nicht enthalten – sie fallen unter Datenschutz. Wer noch eine Nachfrage haben sollte, kann sie auch direkt an die Behörde stellen.

MEHR TRANSPARENZ IN DEN HEIMISCHEN GROSSKÜCHEN

Seit 1. September gilt eine neue Regelung für die Kennzeichnung für Nahrungsmittel. Vorerst ist sie nur verpflichtend in Kantinen und Großküchen, etwa in Krankenhäusern und Altersheimen. Doch es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

■ MARCO VANEK

Alle wollen wir wissen, was im Essen steckt. Daher war es den Grünen schon seit Jahren ein Anliegen, eine verpflichtende Kennzeichnung bei Außer-Haus-Verpflegung einzuführen. Etwa 3,5 Millionen Speisen werden täglich außerhalb der eigenen Küche konsumiert. Davon entfallen 2,2 Millionen Speisen auf Küchen und Kantinen in Unternehmen, Schulen, Pflegeheimen, Betriebskantinen... Diese müssen seit Anfang September ausweisen, woher Milch, Fleisch und Eier in ihren Speisen kommen. „Bisher war es bei der Außer-Haus-Verpflegung kaum nachvollziehbar, woher diese Produkte kommen“, sagt Stefan Kaineder, der auch für KonsumentInnenschutz in Oberösterreich zuständig ist.

„Deshalb freut es mich, dass mit der Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung ein erster Schritt gemacht wurde. Eine bessere



Fotos: © BYVL Herneka

„Großküchen spielen eine wichtige Vorreiterrolle bei der Herkunftskennzeichnung“, Johannes Rauch, KonsumentInnenschutzminister (rechts).

Kennzeichnung ist ein Gewinn für alle. Die Konsumentinnen und Konsumenten haben bessere Entscheidungsgrundlagen und greifen vermehrt zu regional produzierten Lebensmitteln. Damit schonen wir das Klima und sichern die Zukunft unserer regionalen Landwirtschaft.“ Als nächsten Schritt sieht er eine umfassende Kennzeichnungsverpflichtung in der gesamten Gastronomie.

Sollten aber Wirtshäuser und Restaurants freiwillig ihre Produkte kennzeichnen, so müssen sie jetzt schon bei Kontrollen nachweisen, dass die Angaben auch stimmen. Dabei geht es

vor allem um den Schutz von Konsumentinnen und Konsumenten vor Täuschung, zum Beispiel, wenn Werbung mit regionalen Eierschwammerln gemacht wird, die Ware in Wahrheit aber aus Litauen stammt.

Wieso nicht für alle verpflichtend?

Der erste Schritt für Großküchen und Kantinen erfolgte im Rahmen des Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung. Großküchen spielen daher eine wichtige Vorreiterrolle, wenn klarer ist, woher deren Essen kommt.

Und irgendwann wird auch die Wirtschaftskammer einsehen müssen, dass eine bessere Kennzeichnung nicht nur ein Gewinn für die Gäste, sondern

„Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung ist ein erster Schritt.“

auch für ihre Mitgliedsbetriebe ist. Die Gäste können sich damit bewusst für regional produzierte Lebensmittel entscheiden, dass die heimischen ProduzentInnen gefördert werden.



WIESO DER LUFTHUNDERTER IN OÖ BLEIBT!

Die EU-Kommission hat kürzlich einen Entwurf für eine Verschärfung der Luftqualitäts-Richtlinie vorgelegt. Vorgeschlagen werden dabei deutlich strengere Zielwerte zur Luftreinhaltung - insbesondere zur Reduktion der Luftschadstoffe Stickstoffdioxid und Feinstaub. Hintergrund der neuen Richtlinie sind Studien der Weltgesundheitsorganisation (WHO), in denen festgestellt wurde, dass auch bei Schadstoffbelastungen, die unter den aktuellen Grenzwerten liegen, Gesundheitsschäden durch Luftverschmutzung entstehen. Auch die EU-Umweltagentur geht allein von Feinstaub ausgehender Belastung von 240.000 frühzeitigen Todesfällen in der Europäischen Union jährlich aus. Im Sinne des Vorsorgeprinzips ist es wichtig, frühzeitig und vorausschauend zu handeln und somit die Belastungen der Umwelt gar nicht erst eintreten zu lassen. Der zuständige Umweltlandesrat **Stefan Kaineder** begrüßt daher als verantwortlicher Umweltlandesrat die neuen Grenzwerte bei den Luftschadstoffen. Sie sind in seinen Augen auch für den Gesundheitsschutz ein wichtiges Instrument. „Die neuen Zielvorgaben führen dazu, dass alle politischen Ebenen die ihnen zur Verfügung stehenden Potenziale zur Verbesserung der Luftqualität nutzen müssen. Aus dem im Immissionschutzgesetz festgeschriebenen Ziel des vorsorglichen Verringerens von Luftschadstoffen und der kommenden neuen strengeren EU-Vorgaben habe ich mich für das Beibehalten des flexiblen Lufthundertens auf der A1 zwischen Linz und Enns entschieden.“

WIE OÖ ZU AKTUELLEN KONSUMTHEMEN DENKT

Eine aktuelle Umfrage des Umweltressorts gibt Aufschluss darüber, wie stark Klima- und Umweltschutz in der Bevölkerung bereits verankert sind.

■ MARCO VANEK

Die überwiegende Mehrheit der OberösterreicherInnen legen großen Wert auf Nachhaltigkeit und Regionalität, ist eine der Grundaussagen einer Umfrage, die im Frühjahr 2023 in Oberösterreich durchgeführt wurde. So sind 85 % der Ansicht, dass saisonale Lebensmittel aus der Region billiger sein sollten als Importware. Im Bezug auf die Mobilität zeichnet sich auch eine



Trendwende ab, weil durch die Einführung des Klimatickets der Öffentliche Verkehr attraktiver wurde. Die Daten zeigen, dass immer mehr Menschen bereit sind, das Auto stehen zu lassen. Die Hälfte fährt seltener mit dem PKW und nimmt häufiger Bus und Bahn bzw. fährt mit dem Rad oder geht zu Fuß.

Reparieren statt wegwerfen

Einig sind sich die OberösterreicherInnen über die Langlebigkeit der Elektrogeräte: 79 Prozent meinen, dass die Geräte haltbar und reparierbar sein sollen. Für 77 Prozent soll der Plastikmüll reduziert werden.

Vom 20. April bis 12. Mai wurden 602 OberösterreicherInnen befragt (Methodenmix: CATI & CAWI).

TREIBHAUSGASE GESUNKEN

Im Vergleich zu 2021 sind voriges Jahr die Treibhausgase um 6,4 Prozent gesunken, trotz steigendem Bruttoinlandsprodukt. Das entspricht einer Reduktion von 5 Millionen Tonnen auf rund 72,6 Millionen Tonnen Treibhausgase, der niedrigste Wert der Emissionen seit 1990. Das ist auch ein Ergebnis aktueller Klimaschutzmaßnahmen, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien, Elektromobilität und moderne Heizsysteme, berichtet das Klimaschutzministerium.



Foto: Kumpian Electric / Unsplash

KOMMENTAR



■ RENATE LEITINGER

RAUM PLANEN UND NICHT VERSCHANDELN!

Mit der Verbauung und Zersiedelung in Österreich ist eine massive Zerstörung unserer Kulturlandschaft und Böden verbunden. Die Vorstellung vom idyllischen Einfamilienhaus im Grünen mit unverbaute Sicht auf die Natur, steht der Realität eines Wildwuchses an Wohnbauspalttern oft auf unseren besten Böden gegenüber.

Dadurch nimmt der Individualverkehr weiter zu und zieht immer neue Straßen, großzügige Ortsumfahrungen mit den ausladenden Kreisverkehren nach sich. Landschaften werden zerschnitten und landwirtschaftliche Böden kontaminiert z.B. durch den Eintrag von Mikroplastik über Reifenabrieb. Österreich hat jetzt schon im Europavergleich die meisten Straßenkilometer pro EinwohnerIn.

Dazu kommt der andauernde Wettstreit der Handelsketten um Verkaufs- und Parkflächen im Grünen an Kreisverkehren, Ausfahrtsstraßen von Städten, während die Ortskerne veröden. All das führt zur dauerhaften Verschandelung unserer Kulturlandschaft und zum Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Flächen, die wir mit Blick auf die Eigenversorgung und den Klimawandel dringend benötigen. So schaut RaumPLANUNG nicht aus!

DI Renate Leitinger ist Bodenschutzexpertin aus Wels und hat lange im Bereich Bodenschutz des Landes Oberösterreich gearbeitet. Sie hält Vorträge und Exkursionen zum Thema Klima- und Bodenschutz.

BODENSCHUTZ: WIESO NICHTS WEITER GEHT!

Schon seit Jahrzehnten wird in Österreich davon gesprochen, die Bodenversiegelung einzudämmen. Nur passiert ist nichts, ganz im Gegenteil: Es wird nach wie vor auf Teufel komm raus gebaut und versiegelt. Wer und was steckt hinter dieser Entwicklung?

■ MARCO VANEK

Die Zahlen sind hinlänglich bekannt: in Österreich werden zurzeit pro Tag etwa 11,4 Hektar Boden versiegelt und Oberösterreich ist unter den Bundesländern Versiegelungsstaatsmeister. Allein 2022 ist der Bodenverbrauch um zwei Drittel gestiegen und zwar auf 4,25 Hektar pro Tag. „Das liegt unter anderem an der großflächigen Umwidmung von Grünland in Bauland in den vergangenen Jahren und an der mangelnden Regionalplanung, sagt der Bodenschutzexperte Simon Pories vom WWF. „Allein die Betriebsflächen sind 2022 in Oberösterreich um sechs Quadratkilometer gewachsen“.

Viele profitieren von der Versiegelung!

Wieso in Österreich der Bodenverbrauch nicht einzudämmen ist, liegt auch an der Aufsplitterung der Kompetenzen, die zwischen Bund, Land und Gemeinden aufgeteilt ist. Der Bund hat über die ÖROK, die Raumordnungskonferenz, bloß eine koordinierende Rolle, die



Bauen und Verbauen ist in Österreich ein riesiger Wirtschaftsfaktor hinter dem mächtige Interessen von Politik, Bauwirtschaft und ImmobilienentwicklerInnen an dem vielen jahrelang gut verdient haben.

„überörtliche Raumordnung“ ist Sache der Länder, die oberste Bauinstanz bleibt aber bei den BürgermeisterInnen. Wenn dann noch „freundschaftliche“ Verbindungen zwischen dem zuständigen Landesregierungsmitglied, den BürgermeisterInnen und den örtlichen BauwerberInnen ins Spiel kommen, kommt meist nichts Gutes für den Bodenschutz heraus.

Scharnstein: Koalition der Baufreunde

So auch in Scharnstein, als es Moritz Drack – dem Vorsitzenden des örtlichen Bauausschusses sowie ÖVP-Gemeinderat und im Hauptberuf Bauunternehmer gelang, ein Wiesengrundstück im Besitz seiner Firma in Bauland umwidmen zu lassen. Er beabsichtigt dort 14 Bauparzellen für eine Wohnsiedlung anzulegen. Grünes Licht kam nicht von den beteiligten Fachabteilungen des Landes, die sich allesamt gegen

die Umwidmung aussprachen, sondern vom Raumordnungslandesrat Markus Achleitner (ÖVP) persönlich. Dieser setzte sich gegen das Nein seiner FachbeamtlInnen mit einer politisch motivierten „Interessenabwägung“ durch und genehmigte die Umwidmung im Alleingang per Bescheid im November 2020. Als dann Anfang 2022 der neu gewählte Gemeinderat (mit den Stimmen der SPÖ, Grünen und der FPÖ) eine Rückwidmung von Bau- in Grünland beschloss, wurde das Netzwerk der schwarzen Baufreunde wieder aktiv. Die Rückwidmung wurde vonseiten des Bürgermeisters, des ÖVP-Landtagsabgeordneten Rudolf Raffelsberger, bis dato nicht umgesetzt. Dieser beruft sich darauf, dass der Beschluss im Gemeinderat nicht rechtmäßig sei, weil Planungsunterlagen nicht entsprechend aufbereitet vorgelegt worden seien. Faktum ist aber, eine Rückwidmung von Bauland in ein eher wert-

loses Grünland würde nicht im finanziellen Eigeninteresse des schwarzen Bauausschussobmanns und Bauunternehmers Moritz Drack liegen.

Versiegelung ein riesiges Geschäft

Das eine Beispiel zeigt klar auf, wieso der Widerstand so groß ist gegen klare Grenzen bei der Versiegelung. „Dahinter stecken massive Interessen, je nach Bundesland von Rot bis Schwarz, von Banken, der Bauwirtschaft, ImmobilienentwicklerInnen und vielen mehr“, bringt es Astrid Rössler, Umweltsprecherin der Grünen im Parlament, auf den Punkt. „Es geht hier um ein riesiges Wirtschaftsgut, an dem alle auch immer gut verdient haben. Es habe auch seine Gründe, dass Österreich beim Rohstoffverbrauch weit über dem EU-Durchschnitt liege.“

→ mit-dir.at/gruenland-retten/



ALTE GEBÄUDE WIEDERBELEBEN STATT NEUE ZU BAUEN

Die Marktgemeinde Haslach im Mühlviertel zeigt vor wie alte Industriegebäude zu neuem Leben erweckt wurden und wie dem Boden Raum zum Atmen gelassen wurde.

■ RENATE LEITINGER

Die architektonisch spannende ehemalige Textilfabrik in Haslach, die 1999 geschlossen wurde, erwarb die Gemeinde in sehr baufälligem Zustand.



Foto: Renate Leitinger

Mithilfe von EU- und Landesgeldern wurde der Gebäudekomplex revitalisiert. Heute beherbergt das Gebäude Veranstaltungssäle, eine Gastronomie, die Musikschule, das Museum Mechanische Klangfabrik, Sozialeinrichtungen und verschiedene Firmen.

Außerdem nutzte die Gemeinde die Chance und kaufte eine weitere Textilfabrik (ehemals Firma Obermüller) in der Nachbarschaft und erweiterte das Areal. Haslach hat eine lange Tradition in der Weberei, daher wurde in den Gebäudekomplexen später auch das Webereimuseum und das Textile Zentrum Haslach realisiert. Die Idee war, verschiedene Einrichtungen mit textilem Schwerpunkt in der Anlage zu vereinen und damit Synergien zu nutzen.

Übrigens wurde 2014 dem Webereimuseum im Textilen

Zentrum Haslach der Österreichische Museumspreis verliehen!

Rasengittersteine und Schotterrassen statt Asphalt

Haslach setzt bei vielen seiner Parkflächen auf Rasengittersteine oder Schotterrassen. Damit wird zumindest ein Teil der Bodenfunktionen erhalten. Das heißt, dass die Versickerung, die Speicherung von Niederschlägen, der Kühleffekt von Böden oder der Lebensraum für Bodenlebewesen zumindest zum Teil erhalten bleibt.

MEHR GRÜN FÜR DIE LINZER INNENSTADT

Achtzig neue Schwammstadt-Bäume wurden gepflanzt, dreißig weitere kommen im Herbst dazu. Die Linzer Klimastadträtin Eva Schobesberger reißt den Asphalt auf und lässt die Stadt ergrünen.

CHRISTOPHER BUZAS

Die Linzer Baumoffensive geht weiter und erreicht nach der Kroatengasse und dem Rathausviertel noch in diesem Herbst das Neustadtviertel. Klimastadträtin Eva Schobesberger ist seit rund zwei Jahren für die Stadtgrünagenden zuständig und hat in diesem Zeitraum bereits zwei große Entsiegelungsprojekte durchgeführt. Dabei wurde nicht nur Asphalt gegen grün getauscht. Es wurden in der dicht verbauten Innenstadt 80 neue Bäume gepflanzt. Das nächste große Projekt ist schon am Start. Noch heuer wird der Asphalt im Neustadtviertel aufgerissen und Grünraum geschaffen. Dabei werden 30 weitere natürliche Klimaanlagen im Neustadtviertel Wurzeln schlagen.

„Der heurige Hitzesommer hat uns deutlich wie nie gezeigt: Wir müssen Straßenzüge konsequent entsiegeln, Grünraum schaffen und neue Bäume pflanzen, damit die Stadt auch bei steigender Hitze lebens- und liebenswert bleibt“, macht Schobesberger deutlich und treibt die Baumoffensive daher mit voller Kraft voran. Dass gerade im Neustadtviertel Maßnahmen für mehr Schatten



Foto: Christopher Buzas

„In der Kroatengasse ist die Baumoffensive erfolgreich abgeschlossen“, Eva Schobesberger, Linzer Klimastadträtin.

und Abkühlung notwendig sind, daran lässt ein Blick auf die Risikokarte Hitze keinen Zweifel, die Teil des von Schobesberger initiierten Anpassungskonzeptes „Zukunft Linz“ ist. „Daher freut es mich besonders, dass die Arbeiten noch heuer starten können und wir damit einen wesentlichen Beitrag für die Lebensqualität im Neustadtviertel leisten können“, betont die Linzer Klimastadträtin. Gepflanzt werden die 30 Bäume nach dem Schwammstadtprinzip. Fünf neue, großzügige Grünflächen mit Bäumen sind in der Volksfeststraße geplant, zwölf werden in der Scharitzerstraße umgesetzt, 13 sind in

der Schillerstraße vorgesehen. In einer zweiten Phase ist die Pflanzung weiterer Bäume in der Lustenauerstraße, Bürgerstraße sowie der Blumauerstraße angedacht.

Aus Asphaltwüsten werden grüne Oasen

Bereits erfolgreich abgeschlossen sind hingegen die ersten beiden Etappen der Baumoffensive, bei denen 25 neue Bäume in der Kroatengasse und 55 im Rathausviertel gepflanzt worden sind. Die positive Veränderung dieser Begrünungs- und Entsiegelungsmaßnahmen auf die Lebensqualität und das

Stadtbild sind nicht zu übersehen und rufen auch bei BewohnerInnen sowie Geschäftstreibenden positive Reaktionen hervor.

Bäume als natürliche Klimaanlagen

Wie wichtig Bäume zur Abkühlung ihrer Umgebung sind, zeigen Linzer Messdaten des heurigen Sommers. So ist die Zahl der Nächte, in denen die Temperaturen nicht unter 20 Grad sinkt, in dicht versiegelten Stadtgebieten merklich höher gewesen als in Stadtgebieten, die mehr Grünanteil aufweisen. „Daran sieht man, welche Wirkung Bäume als natürliche Klimaanlagen nicht nur tagsüber haben, sondern, dass Entsiegelungen auch der Speicherung der Hitze entgegenwirken und somit für kühlere Nächte sorgen. Bäume sind unser größter Schatz im Kampf gegen die Auswirkungen der Klimakrise. Deshalb brauchen wir so viele wie möglich auf unseren Straßen und Plätzen, damit sich die Menschen auch während der immer häufigeren Hitzetage wohler fühlen“, so Schobesberger.

LINZ GEMEINSAM GRÜNER MACHEN

Um Linz gemeinsam und aktiv grüner zu machen, hat das Stadtgrünressort nun eine weitere Möglichkeit geschaffen: Du kannst Baumpatin werden! Es ist für jedes Börserl was dabei.

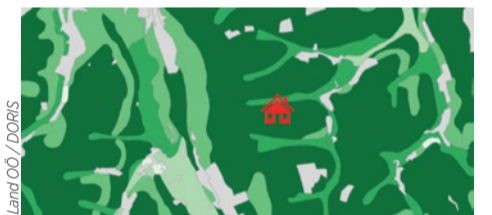
Alle Informationen:
→ www.linz.at/baumpatenschaft

BODENSCHUTZ IN OÖ – SO KÖNNTE ES GEHEN!

Oberösterreichs Bodenschutzpolitik wird reihenweise zerpflückt. NGOs, das Umweltbundesamt und der Landesrechnungshof kritisieren fortlaufend den enormen Bodenverbrauch. „In keinem anderen Bundesland ist laut WWF der Bodenverbrauch so gestiegen wie in Oberösterreich“, meint der Grüne Raumordnungssprecher LAbg.



Rudi Hemetsberger. Greenpeace legt mit dem nächsten Ranking nach. Demnach rangiert Oberösterreich unter den Top Drei der Bodenschutz-Verweigerer, da es sich sowohl gegen bundesweite als auch landesweit verpflichtende Grenzwerte beim Bodenverbrauch stellt. „Echter Bodenschutz erfordert aber solche Limits. Er erfordert wirksame Maßnahmen und ein starkes Raumordnungsgesetz, das auch konsequent umgesetzt wird. So müsste ein solches Gesetz etwa dazu verpflichten, gewidmetes Bauland zu mobilisieren und dazu braucht es verbindliche Vorgaben bei der Leerstandsnutzung „In rund 130.000 Wohneinheiten im Land ist niemand gemeldet. 11.200 Hektar gewidmetes Bauland liegen brach.“



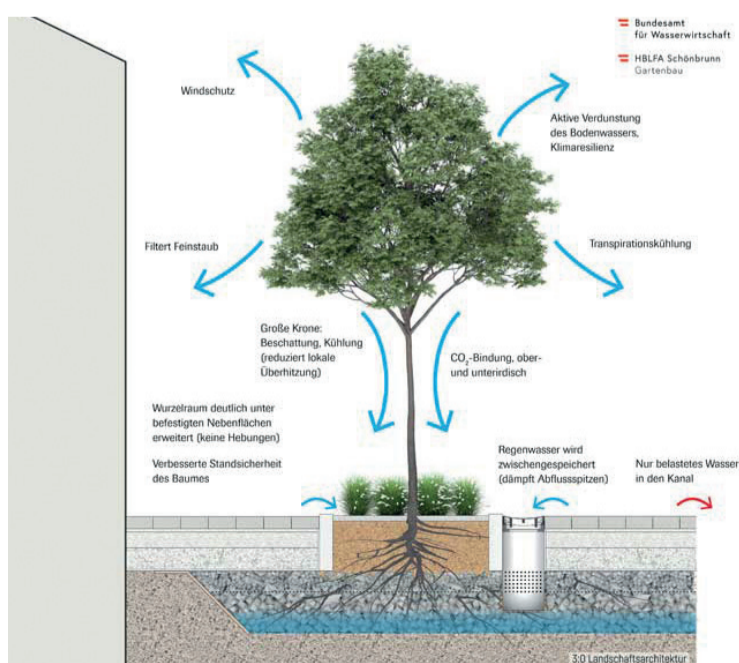
BESTER BODEN VERSIEGELT!

Nach wie vor werden in Oberösterreich beste Agrarböden unwiederbringlich zerstört, etwa fürs „Wohnen im Grünen“, wie das Beispiel einer Wohnsiedlung in Steinhäus bei Wels zeigt. Die Bodenfunktionskarte zur natürlichen Bodenfruchtbarkeit (dunkelgrün= hohe Leistungsfähigkeit) des betroffenen Areals (rotes Haus) zeigt, wie gut dort der Boden einst war. Damit sind wir wieder ein Stück weiter weg von der Eigenversorgung mit regionalen Lebensmitteln gerückt. Außerdem waren diese Böden gut darin, Niederschläge zu speichern oder das Grundwasser zu schützen. Alle diese wertvollen Eigenschaften der Böden sind mit der Bebauung für immer verloren gegangen. (rlei).

PRINZIP SCHWAMMSTADT

Das Schwammstadt-Prinzip sichert Stadtbäumen das Überleben im Straßenraum. Es ist ein innovatives System, das die gesunde Entwicklung der Bäume mit großen Kronen in befestigten Flächen ermöglicht und unterirdischen Retentionsraum für die Niederschlagswässer schafft. Beim Schwammstadtprinzip für Bäume handelt es sich um eine Bauweise und nicht um ein Bauprodukt.

Der Wurzelraum von Bäumen kann ohne Schäden zu verursachen, unter befestigten Flächen (Gehwege, Parkplätze, Straßen) liegen. Dafür muss der Straßen-



unterbau eine geeignete Struktur aufweisen, die sowohl den technischen Anforderungen des Straßenbaus als auch den biologischen Ansprüchen von Bäumen gerecht wird.

Schwammstadtprinzip für Bäume ist eine Bauweise

Der zusätzliche Effekt ist die Schaffung von Retentionsraum für Niederschlagswässer, dies entlastet das Kanalsystem und versorgt die Bäume auch in Trockenperioden.

Mehr dazu unter
→ schwammstadt.at

IMPRESSUM

oö.planet 06/2023 Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M
MedieninhaberInnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17
HerausgeberInnen: Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger **MitarbeiterInnen und AutorInnen:** Mag. Herbert Voraberger, Severin Mayr, Dr. René Freund, DI Renate Leitinger **Korrektur:** Mag. Barbara Vanek **Fotos:** www.bilderbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner, Ron Sandmayr, Renate Leitinger **Gestaltung:** agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner **Produktion:** Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Adressenverwaltung:** Tel.: 0732/73 94 00, Richard Steinmetz, service.ooe@gruene.at **Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz **Verbreitete Auflage:** 22.000 Stück Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Ende Dezember 2023

EIN MOSAIK, DAS NICHT KOMPLETT WERDEN DARF

KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT

KEIN FUSSBREIT DEM RECHTS-EXTREMISMUS

ist die beständige Warnung vor dem Rechtsextremismus überzogen, wie manche meinen? Unnötiger Alarmismus? Nicht ansatzweise. Rechts-extremes Denken gedeiht in ganz Europa. Genährt durch Krisen, Wissenschaftsfeindlichkeit, Verschwörungstheorien, deren mediale Sprachrohre und Bewegungen. Und durch eine rechts-randige Politik, die dies inhaliert, multipliziert und Machtzuwachs schmiedet. Jeder zwölfte Deutsche hat mittlerweile eine rechtsextreme Einstellung, zeigt eine aktuelle Studie im Nachbarland. Von knapp drei auf rund acht Prozent hat dieses Weltbild seit 2021 zugenommen. Ein gänzlich anderes Ergebnis für Österreich anzunehmen, wäre reichlich naiv. Dies gilt auch für Oberösterreich, das entgegen relativierenden Meinungen sehr wohl ein grobes Rechtsextremismus-Problem hat, siehe Waffenfunde und Kriminalstatistik.

„Nach Jahren konstanter Leugnung wurde nun ein Aktionsplan gegen Extremismus beschlossen.“

Nach Jahren konstanter Leugnung wurde nun ein Aktionsplan gegen Extremismus beschlossen. Von den Grünen lange eingefordert. Ein Plan mit guten Ansätzen, der selbstverständlich auch den islamistischen Extremismus umfasst – nennen wir den Besuch von FPÖ-Vertretern an dieser Stelle zumindest pikant – aber doch lückenhaft ist. Aber selbst gegen den eher zaghaften Plan agitiert nun die FPÖ. Trotz vorangegangener Zustimmung. FPÖ-OÖ Chef Haimbuchner spürt den Druck der rechten Ränder und distanziert sich von sich selbst. Ein Aufschnüren des Pakets kommt natürlich nicht in Frage. Im Gegenteil. Es muss erweitert werden. Vor allem durch einen jährlichen Rechtsextremismusbericht speziell für Oberösterreich. Nur wenn wir ein klares Bild von den rechtsextremen Umtrieben im Land haben, können wir die richtigen Schritte setzen, auf Entwicklungen und Veränderungen zu reagieren. Und das bitte schön geschlossen. Denn der Rechtsextremismus füllt jede Lücke, jeden Spalt, den wir ihm bieten.

Der Rechtsextremismus wird vor allem in Oberösterreich immer salonfähiger. Das zeigen nicht nur die Zahlen in der Kriminalstatistik, wo unser Bundesland führend ist. Es sind aber auch die Graubereiche, die alle Alarmglocken schrillen lassen sollten.

■ MARKUS ECKER

An sich haftet dem Mosaik Positives an. Fragmente, die sich zu einem Gesamtbild fügen. Alleine der Begriff vermittelt Feinsinnigkeit. Daher die Entschuldigung, es nun mit dem Umding des Rechtsextremismus in Verbindung zu bringen. Als Metapher zu nutzen, die nicht weit hergeholt ist.

So klar die Definition von Rechtsextremismus ist, so unterschiedlich sind Erscheinungsformen, die sich – vor allem in Oberösterreich – zu einem ungünstigen Gesamtbild vereinen. Ein Fragment verordnen wir im Kriminal. Jene schlagzeilenträchtigen Razzien mit ebenso schockierenden Ergebnissen wie Erkenntnissen. Das ausgehobene Waffenarsenal, umsäumt von Unmengen an NS-Devotionalien ist noch in bester Erinnerung. „Die ganze Bedrohung des Rechtsextremismus an einem Ort sichtbar und doch nur die Spitze des Eisbergs“, meint die Grüne Rechtsextremismus-Sprecherin im Landtag, **Anne-Sophie Bauer**. Auf weiteren Fragmenten finden wir all die Verstöße gegen das Verbotsgesetz, offen zur Schau gestellte NS-Tattoos, Schändungen von Gedenkstätten,

Schmierereien. Auf Fragmenten mit Grauschleier sehen wir Aufmärsche der Identitären-Bewegung, Kongresse von selbsternannten VerteidigerInnen Europas, Rechtsaußen-Medien, die das Internet mit Lug und Trug fluten. „Das Ziel ist, unser demokratisches, liberales Gefüge zu schwächen und der Gesellschaft das rechtsextreme Gift einzufloßen“, warnt Bauer. Dass die Zahl der rechtsextremen Straftaten ebenso steigt, wie der Wunsch nach einem starken Führer und das Vertrauen in die Politik weiter abgleitet, sollte alle Alarmglocken schrillen lassen.

Politik duldet Rechtsextreme

Ja, die Politik. Ihr ist ein eigenes Fragment gewidmet. Nicht als Teil des Rechtsextremismus, sondern des Gesamtbildes. Die inhaltlichen und personellen Verquickungen der FPÖ mit dem rechten Rand sind bekannt. Auch, dass Parteichef Kickl die Grenzen sukzessive neu definiert. „Die Identitären als NGO zu bezeichnen und das mehr als bedenkliche Video der oberösterreichischen FPÖ-Jugend als gelungen“, braucht für den Grünen Klubobmann **Severin Mayr** „keine weitere



Foto: Pexsomed / iStock

Erklärung“. Bleiben wir in Oberösterreich. Das Bundesland mit den meisten rechtsextremen Straftaten, Standort der Identitären, mit Aufträgen aus blauen Ressorts an einen Rechtsaußen-Medienmacher. Wo die FPÖ nach dem Verfassungsschutz gegen KlimaktivistInnen ruft, aber bei Waffenfunden auffällig unaufgeregt bleibt und deren Landeschef gegen den eben beschlossenen, ohnehin lückenhaften Aktionsplan gegen Extremismus agitiert, „weil er Druck von den rechten Rändern bekommt“, meint Mayr.

Gemeinsam mit Behörden und Gesellschaft hat die Politik

Konsequenz gegenüber dem Rechtsextremismus zu zeigen. Und es sind mitunter auch Randnotizen, die diese Konsequenz durchbrechen. „Dass die rote Stadt Linz den ehemaligen Eigentümer des als rechtsextrem eingestuften Magazins „Info-Direkt“ und Mitmarschierer bei Identitären-Demos auf einen hohen Beamtenposten setzt, ist da nicht hilfreich. Und dass Bürgermeister Luger die Aufregung nicht versteht, auch nicht“, meint Mayr.

Die Fragmente gleiten ineinander. Wir sollten darauf achten, nicht eines Tages vor einem fertigen Mosaik zu stehen.

OHNE WINDKRAFT KEINE ERFOLGREICHE ENERGIEWENDE

Das Pumpspeicherkraftwerk Ebensee wird also endlich gebaut. Ein Leitprojekt für die Energiewende. Das ist eine feine Nachricht – sehen wir davon ab, dass das Kraftwerk seit sechs Jahren bewilligt ist, längst stehen und grünen Strom liefern könnte. Wenn da nicht die träge schwarz-blaue Energiepolitik wäre. Aber immerhin. Die nunmehrige Entschlossenheit bei diesem Projekt sollte auch auf andere Energieformen abfärben. Allen voran auf die Windkraft. Die schwarz-blaue Blockade der Windkraft ist bekannt. „Aber ohne Windkraft ist eine erfolgreiche Energiewende nicht möglich“, untermauert die Grüne Energiesprecherin im Landtag, **Ulrike Schwarz**, die Windkraftoffensive der Grünen. Bis 2040 will Oberösterreich

klimaneutral sein. Der Energiebedarf wird sich bis dahin von aktuell knapp 14 TWh auf rund 26 TWh erhöhen. OÖ braucht



„Die Energiewende ist nicht nur Klimaschutz, sondern auch essentiell für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich.“

Ulrike Schwarz, Grüne Energiesprecherin

also mindestens 12 zusätzliche TWh aus erneuerbaren Energiequellen. „Das ist mit den derzeitigen Maßnahmen außer Reichweite“, bringt es Schwarz auf den Punkt. Das Potenzial der Wasserkraft ist nahezu ausgeschöpft. Der Photovoltaik-Ausbau läuft zwar gut, wird aber vorwiegend vom

privaten Sektor getragen und benötigt „mehr Sonnenkraftwerke auf vorhandenen großen versiegelten Flächen wie Ge-

bäuden und Großparkplätzen“, fordert Schwarz. Und schließlich der von Schwarz-Blau so vernachlässigte Wind.

Windenergie sichert Wirtschaftsstandort ab

Bestehende Windkraftstandorte will man ausbauen, aber

keine neuen zulassen. „Wie kurzfristig kann man sein, auf ein solches Potenzial zu verzichten. Aber das muss und wird sich ändern“, ist Schwarz überzeugt. Denn längst fordert auch die Wirtschaftskammer OÖ einen massiven Ausbau der Windkraft, denn die Unternehmen brauchen dringendst grünen Strom. Ohne Windkraft geht's nicht. Fünf neue Windkraft-Standorte mit jeweils 5-15 Windrädern sind noch heuer festzulegen. Nochmals fünf in den Jahren 2024/25. Und natürlich muss auch die Stromnetzinfrastruktur ausgebaut werden. „Energiewende ist nicht nur Klimaschutz, sondern auch essenziell für den Wirtschaftsstandort OÖ. Wer Windkraft blockiert, setzt beides aufs Spiel.“

STREIT UM DIE LINZER REGIONALBAHN ESKALIERT

Zwischen den Verantwortlichen im Land OÖ und jenen der Stadt Linz wird gestritten, was das Zeug hält. Leidtragende sind die PendlerInnen und die Wirtschaft, die dringend auf den Startschuss für den Bau der Strecke warten.

■ **MARKUS ECKER**

Zu viele Köche verderben den Brei, erzählt man sich landläufig. Im Fall der Regionalstadtbahn reichen schon zwei, die drauf und dran sind, nicht nur die Speise zu verhunzen, sondern die halbe Küche zu zerlegen. Land Oberösterreich und die Stadt Linz sind gemeint – oder besser jene Stellen und Personen, die für die Umsetzung dieses Mega-Unterfangens politisch verantwortlich zeichnen. Statt gemeinsam dieses wichtigste Öffi-Projekt der letzten Jahrzehnte zügig umzusetzen, wird gestritten. Nicht einmal mehr hinter verschlossenen Türen, sondern mittlerweile auf offener medialer Bühne. Das entschlossene, stolze Frohlocken der Anfangstage über die Fixierung des Projekts ist grimmigem Blick und eingebunkelter Meinung gewichen. Es geht um die Streckenführung im Stadtgebiet, vordergründig um eine O-Bus Linie, auf der auch die Bahn fahren soll. Nur ein Vorwand, es gibt noch andere Knackpunkte, ist zu vernehmen. Genaues wissen wohl nur die ProponentInnen selbst. „Sie wissen hoffentlich

auch, was auf dem Spiel steht. Sie sind gerade dabei, das Öffi-Leitprojekt schlechthin zu gefährden“, mahnt die Grüne Mobilitätssprecherin LAbg. Dagmar Engl und fordert die Beteiligten dazu auf, „Egotrips einzustellen und offene Fragen konstruktiv zu klären. Das ist Aufgabe, sondern Pflicht der Verantwortlichen. Punkt.“

Seit dreißig Jahren wird geplant

Bedenkt man vor allem Bedeutung und Historie des Projekts, das eine Schienenverbindung bis Gallneukirchen und Pregarten schaffen soll. Seit in den 90er Jahren des letzten Jahr-

hunderts die Idee eines derartigen Bahnprojekts – in der Folge mit wechselnden Bezeichnungen – geboren wurde, sind Pläne gekommen und gegangen. Immer wieder gescheitert an technischen Fragen und – jawohl – unterschiedlichen Positionen. Jetzt, dank Grüner Regierungsbeteiligung und Initiative von Ministerin Gewessler wurde das Projekt paktiert und auf den Weg gebracht. Die Vorarbeiten laufen seit geraumer Zeit. Mit dem Beschluss im Landtag sind Vorprojekt und die Finanzierung der Planungskosten gesichert. Die Gemeinden entlang der Strecke haben ihre Hausaufgaben gemacht, die BürgermeisterInnen ihre Verantwortung wahrgenommen.

Das alles steht auf der Haben-seite des Projekts, dessen Bedeutung gar nicht hoch genug anzusetzen ist. „Mit dieser Bahn bekommen die PendlerInnen im Mühlviertel endlich eine wirk-

liche Alternative zu Auto und Stau und auch die LinzerInnen werden damit entlastet“, meint Engl und weist darauf hin, dass diese Bahn „auch unternehmerische Standortentscheidungen beeinflussen und damit zum Wirtschaftsfaktor wird“.

Bleibt das Soll, das über die reine Umsetzungsfrage hinausgeht. Denn mittlerweile geht es auch längst um Reputation und Lösungskompetenz der Politik. „Was soll man von VerantwortungsträgerInnen halten, die ein solch wichtiges Projekt nicht hinbekommen, obwohl alle Voraussetzungen vorliegen. Die offenbar lieber die schon fast legendäre Rivalität zwischen Land Oberösterreich und Stadt Linz pflegen, statt den nötigen Konsens. Aber genau diesen erwarten die Leute“, meint Engl.

Also: Zieht endlich an einem Strang – aber bitte nicht länger in unterschiedliche Richtungen.



Foto: Bilderbox.at



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

5. OKTOBER 2023

Mein liebes Tagesbuch, was wollt ich net alles schreiben. Übern Sommer, über wegbrennte Inseln über ORF-Sommergespräche, die nächstes Jahr wahrscheinlich in an Dixi Klo draht werden. Über normale Sommerlöcher, die man net für bare Münze nehma kann. Und dann, ja dann, biegt der Kanzler in den Herbst. Big Mac Karl. Eh schon wissen. Ernährungsexperte, Pädagoge, Frauenverstehar, Animator und rhetorischer Feinspitz mit dem Gspür fürs große Wort und die kleinen Leut. Zuerst a Mix aus 45er Jahr Sager, I am from Austria und Cordoba-Feeling – damit ma alle an Österreich glauben – wieso soll ma net?

Kommen die Russen, a Komet oder gar der Kurz zruck? Und dann vom Pathos zu den Pommies. Nehammer unplugged. Pur, echt, einfach Karl sein. Mit Arbeitsanreizen für die freizeitorientierte Mutter und ana 1Euro 40 Jausn für den hausmannskostlosen Nachwuchs. Da hat sie bei vü Leute die hasse Apfeltasche quergestellt. Des Burger-Gate wird der ÖVP bleiben und die Erkenntnis, dass ma für a geschickts Video net amoi ans Mittelmeer muaß. Die anderen brauchen se aber net ausselehnen. Schwarze, Rote und Blaue sind zsamm a Pannendreieck. Der SPÖ müsst ma scho a Runde Mitleid spendieren. Zuerst die

Excel-Listen, dann a falscher Mausclick vom Herrn O., a Schattenkabinett im Licht, ka Trainereffekt – wer möchte da net weniger hackeln und sich in an klan Garten verziagn. Und kann ma bitte wer erklären, net nur wieso, sondern a wia man nach Afganistan fliagt? Kauft ma am Schalter a Ticket in den Gottesstaat, mit optimalem Rückflug? Mit Schari-Air. Oder fahrt ma eher mit der Tali-Bahn. Wurscht. Der FPÖ-Mölzer war dort, aber vielleicht nimma lang in der Partei. Weil so an Pfuscher kann der Kickl gar net brauchen. Denn der wü als Kanzler a guter Vater für die Familie Österreich sein. Aber die meisten brauchen eam net

amal als fernen Verwandten. Was macht unsere Lieblingskoalition in Oberösterreich? Lebt sich da grad wer auseinander? Eine Liaison in ihrem Herbst? Wo die ÖVP jetzt schon ein bissl Wind säen will, aber ein stürmisches Nein der FPÖ erntet. Wo der Haimbuchner gegen den Aktionsplan gegen Extremismus schimpft, weil den Burschenschaften vor Wut der Schmiss eitrig wird. Da gibts noch ordentlich Brösel bis zu den Nationalratswahlen nächsts Jahr. So Tagesbuch, fertig, jetzt kommt eini in a mail an die Planetredaktion – da habe i an fixen Verteiler...

■ **MARKUS ECKER**

ZWEIFACHE WEIGERUNG

Gleich in zwei Fällen weigert sich die schwarz-blaue Landeskoalition, wichtige Leistungen für SchülerInnen finanziell sicherzustellen – ohnehin nur überbrückend. Erstens benötigen viele Volksschulen externe SchwimmlehrerInnen für den Schwimmunterricht. Dies ist personell nicht anders möglich. Die Kostenfrage ist seit geraumer Zeit ungeklärt. „Die Gemeinden sind schon am finanziel-



„Das Land und der Bund müssen die Kosten für die externen SchwimmlehrerInnen übernehmen.“

Reinhard Ammer,
Grüner Bildungssprecher

len Limit. Die Eltern zahlen zu lassen, kommt nicht in Frage. Daher ist die zielführendste Lösung, dass langfristig der Bund die Kosten übernimmt und bis dahin das Land, fordert der Grüne Bildungssprecher Reinhard Ammer. In gleicher Weise aus der Verantwortung nimmt sich Schwarz-Blau, wenn es um die kostendeckende Finanzierung der SchülerInnen-Transporte beim Gelegenheitsverkehr geht. Bekanntlich müssen SchülerInnen in etlichen Gemeinden um ihren Schulbus bangen. Es geht ebenfalls um die Kosten.

ARBEITSMARKT FÜR ASYLWERBERINNEN ÖFFNEN

Als „blanken Populismus“ wertet die Grüne Integrations-sprecherin Ines Vukajlović die Forderung von Landesrat Hattmannsdorfer, AsylwerberInnen zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten. Bei Weigerung droht die Streichung der Grundversorgung. Zwar wird dieser Vorstoß von manchen Landes-FlüchtlingsreferentInnen unter-



„Die Grundversorgung zu kürzen ist europarechtlich kaum vorstellbar und menschlich daneben.“

Ines Vukajlović,
Grüne Integrations-sprecherin

stützt und vom Innenminister geprüft. „Die Grundversorgung ist europarechtlich abgesichert. Sie zu kürzen oder gar zu streichen, ist nicht nur rechtlich kaum vorstellbar, sondern auch menschlich daneben“, meint Vukajlović und fordert grundsätzlich, den Arbeitsmarkt für alle zu öffnen. Denn sehr viele AsylwerberInnen möchten am Arbeitsmarkt teilnehmen. Auf der anderen Seite wird in vielen Bereichen Personal dringendst gebraucht und gesucht.

Pollinator Pathmaker

Ein Garten-Kunstprojekt mit ökologischem Nutzen

Der von der Ars Electronica organisierte Start Prize ging heuer unter anderem an Alexandra Daisy Ginsberg für ihren Pollinator Pathmaker, einem Pflanzplan für einen Garten für Bestäuber. Die Britin entwickelte einen Algorithmus, der vorschlägt, wie wir unseren Garten bepflanzen können, der vor allem Bestäuberinsekten anlocken soll.

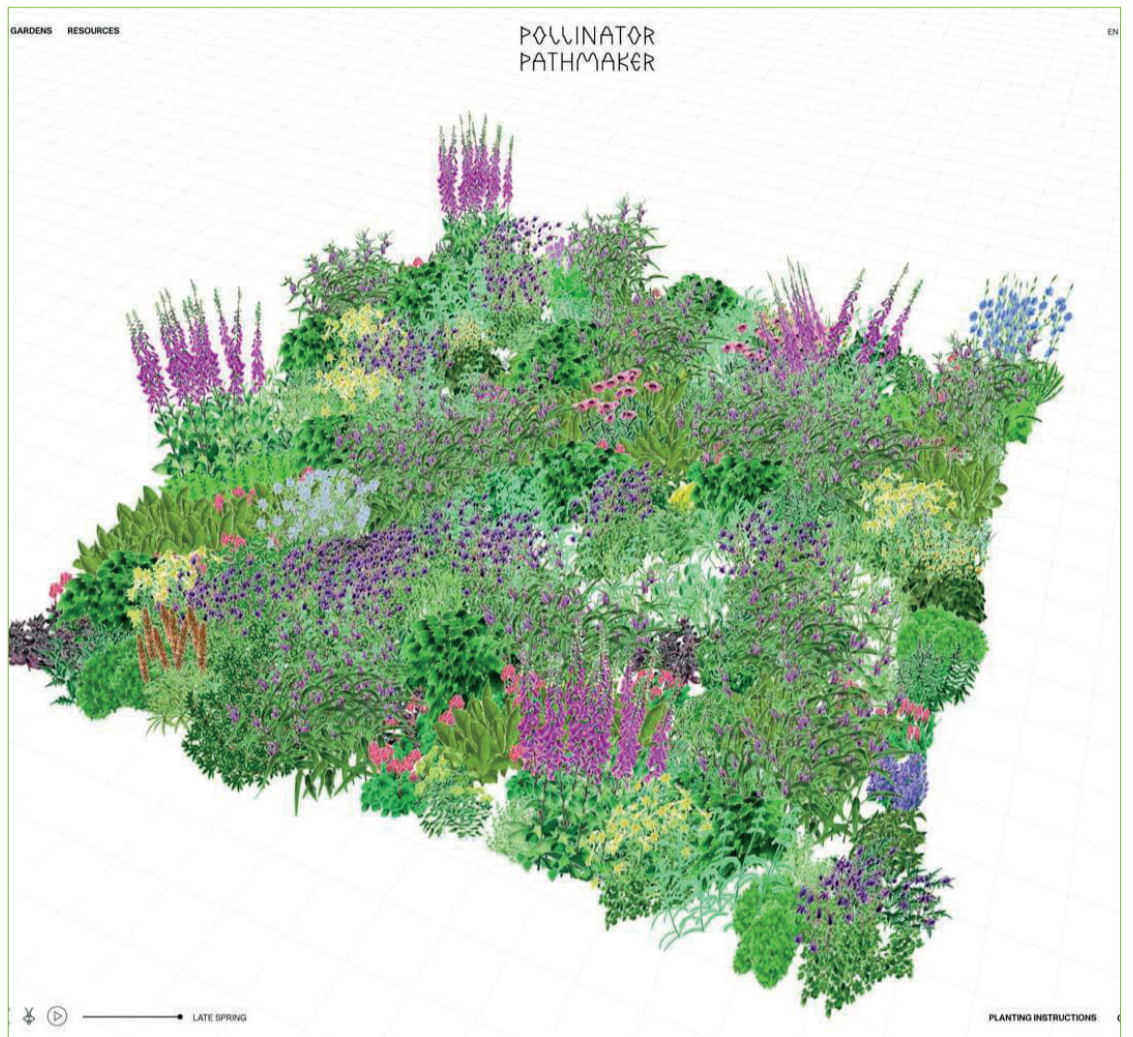
Unter www.pollinator.art kann jeder einen Vorschlag herunterladen und ein Stück Kunst für Bestäuber kreieren. Neben privaten GärtnerInnen, sind Museen, botanische Gärten, Organisationen... eingeladen, mit der Künstlerin, dem Eden Projekt und einem wachsenden Netzwerk von Einrichtungen zusammenzuarbeiten und dazu beizutragen, Pollinator Pathmaker zum weltweit größten klimapositiven Kunstwerk zu machen.

Näheres: → pollinator.art

Deine Pflanzenliste

Hier sind alle Pflanzen aufgelistet, die Teil deines persönlichen Kunstwerks werden sollen. Bei einigen Arten ist mehr als eine Pflanze pro Quadrat erforderlich. Wir geben eine Empfehlung, wie viele Exemplare von jeder Art gepflanzt werden sollten (Pflanzenanzahl). Lies vor dem Kauf unseren Leitfaden zu den unterschiedlichen, für dein Budget und deinen Garten geeigneten Pflanzenlisten unter pollinator.art/resources/leitfaden-zum-pflanzen. Notiere die Pflanzennummer unter pollinator.art/resources/pflanzenliste, um mehr über die Bestäuber deiner Pflanzen zu erfahren.

Farbe	ID	Name	Quantität	Pflanzenanzahl	Anzahl
■	31	Allium christophoranum	144	3	144
■	47	Thymus serpyllifolius	144	3	432
■	C	Carex distachya	72	3	216
■	33	Allium cepa	44	3	132
■	32	Chionodoxa 'Heavenly Snow'	12	3	36
■	A	Adonis autumnalis	24	3	72
■	44	Callitriche aquatica	24	3	72
■	43	Epilobium 'Meadowland Gem'	24	3	72
■	37	Valeriana	24	3	72
■	46	Epilobium angustifolium	12	3	36
■	3	Adonis autumnalis	4	3	12
■	76	Apocynum androsaemoides	7	3	21
■	48	Thymus serpyllifolius	4	3	12
■	13	Gentiana pneumonanthe	4	3	12
■	18	Campanula medium	4	3	12
■	2	Gentiana	3	3	9
■	7	Gentiana	3	3	9
■	38	Epilobium	3	3	9



INFOABENDE ENERGIE MIT STEFAN KAINEDER

Dienstag 17. Oktober, 19:00 Uhr, Gasthof Gundendorfer, Neuhofen an der Krems, Dienstag, 14. November, 19:00 Uhr, Gasthof Brummeier, Eferding
Stefan Kaineder gibt an diesem Abend Antworten auf die brennenden Energiefragen unserer Zeit. Im Vortrag von Energieberater DI

Martin Danner geht es um Infos zu konkreten Schritten der Energiewende, wie Photovoltaik, Heizungstausch und E-Mobilität, samt Überblick zu aktuellen Förderprogrammen. Im Anschluss an die Impulsreferate ist Raum und Zeit für Diskussion. Wir freuen uns auf einen spannenden Abend.

GABI MOSER-FORSCHUNGS- PREIS VERLIEHEN

Die Grüne Bildungswerkstatt OÖ vergab im September erstmals den Gabi Moser-Forschungspreis. Im Gedenken an die Grüne Pionierin und ihr Schaffen wurde dieser Preis nach ihr benannt.



Bei der Erstauflage dieser Würdigung wurde bewusst das Thema Gender Equality gewählt, um Gleichstellungsthemen gezielt in den Fokus zu rücken. Der Hauptpreis ging an Samira Baig, die sich der Näherung an ein bislang nicht vorhandenes Konzept „Mutterschaft und Feminismus“ widmete. Die weiteren Preisträgerinnen:

Nina Eckstein („Menschenrechte queer gelesen“), Verena (Frauen in IT-Berufen), sowie das Autorinnenkollektiv mit einer Arbeit zum Thema Frauen afghanischer Herkunft & der oö. Arbeitsmarkt mit Daniela Wetzelhütter, Katrin Hasengruber, Sonja Falkner-Matzinger und Manuela Angerer.

Nähere Infos → ooe.gbw.at

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at
FB facebook.com/grueneooe

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Adressverwaltung: Richard Steinmetz
Mail service.ooe@gruene.at

ICH BIN KONSERVATIV

Über Anstand, Weitsicht und das Bewahren von Werten

TEXT RENÉ FREUND

„Ich hab's gern, wenn etwas was wert ist, bewährt und geklärt und verehrt ist. Ich bin eher konservativ.“

Mit diesen Versen beginnt eines der schönsten Gedichte von Werner Schneyder, der mir ein väterlicher Freund war. Jeder, der die Programme dieses großartigen Satirikers gesehen hat, weiß, dass er ein Linker war – umso überraschender dieses Bekenntnis zum Konservatismus. Aber ich denke, auch die Grünen sind eine konservative Partei, weil der Erhalt der Umwelt und eines intakten Planeten im Vordergrund des Parteiprogramms stehen. Zu den wertkonservativen Aspekten der Grünen gehört es außerdem, eine klare Grenze zu jenen Kräften zu ziehen, die so zentrale Punkte wie Demokratie, Gleichberechtigung und das gemeinsame Europa infrage stellen.

Aber die „echten Konservativen“ – wo sind sie geblieben? Menschen vom Format eines Heiner Geißler, der aus dem Herzen der CDU kam und dennoch der globalisierungskritischen Organisation „attac“ beitrug. Oder wie Erhard Busek, der ein buntes Team um sich zu scharen wusste und sozialpolitisch das Herz am linken Fleck hatte. Oder wie Leopold Figl, der jahrelang im Nazi-KZ gefoltert wurde und aus dessen Geschichte die ÖVP eigentlich gelernt haben sollte, dass man sich nicht mit jenen ins Bett legt, die laut „Volkes Wille“ und „Demokratie“ schreien, sie aber scheinbarweise einschränken wollen.



„Verachtet sein von Kindeskindern? Ich würde das gerne verhindern. Ich bin eben konservativ.“ (Werner Schneyder)

Jene, die sich heute konservativ nennen, bleiben als „Hure der Reichen“ in schlechter Erinnerung. Oder sie verspotten, wenn sie sich „unter sich“ wähnen, alleinerziehende Mütter, Stichwort: Wenn sie kein Geld haben, sollen sie eben arbeiten gehen und ihre Kinder mit Burger und Pommes füttern.

Konservativ zu sein, das hat für mich mit Anstand zu tun. Es hat auch mit Klugheit und Weitsicht zu tun, denn wenn es uns nicht gelingt, unseren Planeten zu erhalten, dann hat sich das mit dem Konservativsein ohnehin erübrigt. Noch einmal Werner Schneyder:

„Schon wichtig, wie gut die Bilanz ist. Doch nur, wenn die Erde noch ganz ist. Auch da bin ich konservativ.“

René Freund lebt als Schriftsteller im südlichen Oberösterreich. Soeben erschien sein neuer Roman „Wilde Jagd“ (Zsolnay Verlag).